
Vorsitz: Armenien

982. PLENARSITZUNG DES FORUMS

1. Datum: Mittwoch, 7. Juli 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 13.10 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 15.30 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Papikyan
L. Grigoryan

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/31/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN (SALW) UND LAGERBESTÄNDE KONVENTIONELLER MUNITION (SCA): DER PRAKTISCHE HILFSMECHANISMUS

- *Vortrag von Oberstleutnant N. Luković, Leitender Berater, Abteilung für Materialverwaltung, Verteidigungsministerium, Montenegro*
- *Vortrag von W. Kernmaier, Leiter der Abteilung Internationaler Kapazitäten-
aufbau für Waffen- und Munitionslogistik, Heereslogistikschule des
Österreichischen Bundesheeres, Verteidigungsministerium, Österreich*
- *Vortrag von R. Mossinkoff, Erster Referent FSK-Unterstützung,
Konfliktverhütungszentrum der OSZE*

Vorsitz, Oberstleutnant N. Luković, W. Kernmaier, Vertreter des Konfliktverhütungszentrums der OSZE, Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem

Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau und der Ukraine) (FSC.DEL/280/21), Österreich (Anhang 1), Schweiz (FSC.DEL/275/21 OSCE+), Belarus (FSC.DEL/274/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/272/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Russische Föderation (Anhang 2), Ukraine (FSC.DEL/278/21 OSCE+), Aserbaidshan (Anhang 3), Armenien (Anhang 4), Kanada, Türkei, Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland) (Anhang 5), FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Österreich) (Anhang 6)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/282/21/Rev.1 OSCE+) (FSC.DEL/282/21/Add.1 OSCE+), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (Anhang 7), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 8), Vereinigtes Königreich (Anhang 9), Kanada

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Finanzierungsbeiträge zu Projekten im OSZE-Raum:* Österreich (Anhang 10), Montenegro, Vertreter des Konfliktverhütungszentrums der OSZE
- (b) *Unterrichtung über die Militärübung „Green Griffin“ vom 27. September bis 8. Oktober 2021:* Deutschland (Anhang 11) (FSC.DEL/276/21 OSCE+)
- (c) *Treffen des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition am 15. Juli 2021 über Video-konferenz:* Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland)
- (d) *Unterrichtung über die Militärübung „Cossack Mace 2021“ vom 12. bis 24. Juli 2021 :* Ukraine (FSC.DEL/279/21), Vereinigtes Königreich

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 21. Juli 2021, 11.00 Uhr im Neuen Saal

982. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 988, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ÖSTERREICHS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Österreich schließt sich vollinhaltlich der Erklärung der Europäischen Union an. Erlauben Sie mir, in meiner nationalen Eigenschaft, einige ergänzende Bemerkungen zu machen.

Ich danke dem armenischen Vorsitz für die heutige Schwerpunktsetzung im FSK sowie den Vortragenden für ihre wertvollen Präsentationen. Sie haben uns einen ausgezeichneten Einblick in die laufende Projektumsetzung gegeben.

Den Hilfsmechanismus aus operativer beziehungsweise technischer Sicht zu beleuchten, ist für uns wichtig und aktueller denn je, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des laufenden Evaluierungsprozesses. Die heutigen Beiträge haben klargemacht, wie umfangreich und vielschichtig die Projektumsetzung ist und welche intensive Arbeit von allen Beteiligten gefordert wird.

Es sind gerade solche Informationen, die für das FSK eine große Bereicherung darstellen: Durch sie können wir uns ein Bild von der Arbeit vor Ort machen und entsprechende Ableitungen für die normativen Aspekte treffen.

Für Österreich ist es eine besondere Freude, dass heute das Projekt in Montenegro beispielhaft präsentiert wurde, an dem wir uns maßgeblich beteiligen dürfen.

Dank der Arbeit internationaler Organisationen und der Teilnehmerstaaten gibt es immer mehr Beweise dafür, dass sich die Herausforderungen im Bereich SALW und SCA geschlechter- beziehungsweise altersgruppenspezifisch unterschiedlich auswirken. Hier kann die OSZE einen wichtigen Beitrag leisten, wie zum Beispiel durch die Erarbeitung einer „Guidance Note for Assistance Projects“ in Fragen des „Mainstreaming Gender into the OSCE Assistance Mechanism for SALW and SCA“.

Abschließend möchte ich mich bei unseren montenegrinischen Kolleginnen und Kollegen für die hervorragende Zusammenarbeit bedanken, die wir in Zukunft gern fortsetzen wollen.

Herr Vorsitzender, ich darf Sie bitten, diese Erklärung dem Journal des Tages anzufügen.

Vielen Dank!

982. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 988, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir möchten uns dem Dank an den armenischen Vorsitz für die Abhaltung dieser Sitzung über den Hilfsmechanismus zur Unterstützung bei der Verwaltung von Lagerbeständen von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) anschließen. Die OSZE spielt in diesem Bereich anerkanntermaßen eine führende Rolle, wie die anregenden Vorträge der geschätzten Hauptreferenten gezeigt haben. Wir sind ihnen für ihre Beiträge zur Diskussion dankbar.

Mit der heutigen Plenarsitzung wird nicht nur ein Auftrag des OSZE-Ministerrats von Hamburg (MC.DOC/3/16/Corr.1) umgesetzt, sondern sie ermöglicht uns darüber hinaus, neue Chancen zur Förderung von Projektaktivitäten im Bereich SALW und SCA zu prüfen. Ein zweifellos positiver Aspekt dieses Themas ist die Tatsache, dass die Projekte von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmerstaaten unterstützt werden, einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der europäischen Sicherheit leisten und auch auf die Erzielung konkreter Ergebnisse ausgerichtet sind. Diesbezüglich begrüßen wir die Initiative Österreichs zur Stärkung des Hilfsmechanismus der OSZE sowie die Fortsetzung des Prozesses der Aktualisierung der Praxisleitfäden, die bei der Umsetzung von Projekten ebenfalls genutzt werden.

Die Kontrolle von SALW und zugehöriger Munition ist eine der Prioritäten in der Russischen Föderation. Wir messen der Gewährleistung der sicheren Lagerung von Waffenbeständen, der Kontrolle ihrer Verbreitung und der rechtzeitigen Beseitigung von Lagerbeständen veralteter und überschüssiger Waffen besondere Bedeutung bei. In unserem Land gelten strenge Normen, die die Verbreitung von SALW und Munition regeln. Sie erfüllen zur Gänze die Anforderungen internationaler Dokumente, darunter die OSZE-Dokumente über SALW und SCA.

Wir messen der internationalen Zusammenarbeit bei der Entsorgung überschüssiger und veralteter SALW-Typen und Munition große Bedeutung bei. In diesen Bereichen arbeiten wir aktiv mit unseren Partnern aus der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und der OSZE zusammen. Wir halten regelmäßig interinstitutionelle Arbeitstagungen ab und tauschen Informationen und

Erfahrungen aus. Seit 2004 sind russische Militärexpertinnen und -experten in zahlreichen Fällen an OSZE-Projekten beteiligt, um die Staaten bei der Ausbildung nationalen Personals, der Schaffung von Registrierungs- und Berichtssystemen für Kleinwaffen und vielem mehr zu unterstützen. Zusammen mit ausländischen Fachleuten haben wir erfolgreich Projekte in Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Tadschikistan und Turkmenistan durchgeführt.

Auf Anfrage sind wir bereit, die Bereitstellung von Expertenhilfe zu allen Aspekten der SALW-Kontrolle während des Lebenszyklus dieser Waffen zu prüfen sowie unsere Erfahrung beim Aufbau eines wirksamen regulatorischen und rechtlichen Rahmens in diesem Bereich weiterzugeben.

Herr Vorsitzender,

heute wurde über die neuen Herausforderungen und Bedrohungen gesprochen, die im Verantwortungsbereich der OSZE aufgrund der zunehmenden unerlaubten Verbreitung von SALW und zugehöriger Munition entstanden sind. Eine der Hauptquellen für die unerlaubte Verbreitung von SALW stellen die „farbigen Revolutionen“ dar, während derer die Kontrolle über staatliche Waffenarsenale verloren geht. Die Verbreitung von Waffen ist in diesen Fällen nicht auf das nationale Hoheitsgebiet des Staates beschränkt, der mit einer politischen Krise konfrontiert ist, sondern greift auf die Nachbarländer und die weitere Umgebung über. Libyen, Syrien und einige nordafrikanische Länder sind in diesem Zusammenhang ein gutes Beispiel.

Eine ähnliche Situation entsteht gerade in der Ukraine. Bereits im Jahr 2014, als die politische Krise eskalierte, bemächtigten sich radikale Elemente Kleinwaffen und anderer Waffentypen aus Lagern, die den Streitkräften und dem Innenministerium der Ukraine gehören. Die ordnungsgemäße Kontrolle über die Waffen ging während des Staatsstreichs verloren. Das in der Folge angekündigte Programm, um diese Waffen in der Bevölkerung wieder einzusammeln, verfehlte sein Hauptziel, SALW der unerlaubten Verbreitung zu entziehen. Heute wird der unerlaubte Handel hauptsächlich aus einem Teil des Arsenal besprochen, das vom ukrainischen Militär in der Zone des bewaffneten Konflikts im Donbass eingesetzt wird. In der Folge ist es in der Ukraine nichts Ungewöhnliches mehr, dass mit „Kriegstrophäen“ wie Granaten oder Granatwerfern Verbrechen begangen werden.

Der „Schwarzmarkt“ für Waffen zählt in der Ukraine bereits bis zu 5 bis 6 Millionen Waffen. Laut der ukrainischen Staatsanwaltschaft wurden im Jahr 2019 mehr als 6 200 Fälle als unerlaubter Umgang mit Waffen, Munition und Sprengstoffen eingestuft; darüber hinaus – das möchte ich betonen – waren in weniger als 100 dieser Fälle Eigentümer von offiziell registrierten Waffen beteiligt. Dieses Jahr wurden dem ukrainischen Sicherheitsdienst zufolge nur 500 Schusswaffen aus dem Verkehr gezogen. Diese Zahlen sprechen für sich.

Illegale Operationen zum Kauf und Verkauf von SALW und konventioneller Munition werden in der Ukraine oft im Darknet getätigt; Waffen kann man dank dem ungehinderten Kauf von Ersatzteilen im Internet auch selbst zusammenbauen. Die Strafverfolgungsbehörden haben bislang keine greifbaren Ergebnisse bei der Bekämpfung von Verbrechen im Zusammenhang mit dem illegalen Waffenhandel erzielt, was nicht zuletzt der chronischen Korruption zuzuschreiben ist.

Wir sind der Auffassung, dass dieser Zustand den OSZE-Teilnehmerstaaten Anlass zur Besorgnis geben muss, denn er erhöht auch das Risiko des Transfers von Waffen an Orte außerhalb der Ukraine. Es wäre deshalb hilfreich, von der geschätzten Delegation der Ukraine zu erfahren, wer heute die Verbreitung von Waffen und die Sicherheit ihrer Lagerbestände im Land kontrolliert und wie dies geschieht. Welche Rechtsvorschriften regeln ihren Einsatz in der Zone der Kampfhandlungen angesichts der Tatsache, dass sich einige dieser Waffen in den Händen privater, nichtstaatlicher, paramilitärischer Verbände befinden, die mithilfe von Geld aus den Taschen von Oligarchinnen und Oligarchen ausgestattet werden?

Die Lage in der Ukraine im Hinblick auf die unerlaubte Verbreitung von Waffen und Munition kann zu Recht als bedrohlich bezeichnet werden und sie könnte – wenn nicht alsbald Schritte unternommen werden, um bei der Verbreitung von SALW und zugehöriger Munition Ordnung herzustellen – eine erhebliche Bedrohung der Sicherheit für den gesamten OSZE-Raum darstellen.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchten wir betonen, dass wir den Grundtenor der Diskussion unterstützen, nämlich, dass die Bemühungen der OSZE-Teilnehmerstaaten zur Verhinderung der unkontrollierten Verbreitung von SALW und SCA zur Stärkung der Stabilität beitragen und systematisch fortgesetzt werden sollten. Wir freuen uns auf substantielle Erörterungen auf dem bevorstehenden Treffen zur Überprüfung der Umsetzung der OSZE-Hilfsprojekte im Bereich SALW und SCA im Oktober.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

982. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 988, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

die Delegation Aserbaidschans heißt die Referenten der heutigen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation herzlich willkommen und dankt ihnen für ihre interessanten und aufschlussreichen Vorträge.

Aserbaidschan hat der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen auf dem Gebiet der Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) stets große Bedeutung beigemessen. Wir sind überzeugt, dass der heutige Sicherheitsdialog mit dem Schwerpunkt auf den praktischen Hilfsmechanismen sowie das OSZE-Treffen zur Überprüfung der Umsetzung von praktischen Hilfsprojekten der OSZE im Bereich SALW und SCA, das im Oktober 2021 abgehalten werden wird, unseren Bemühungen um die Bekämpfung der Bedrohungen in Verbindung mit SALW/SCA neue Impulse verleihen kann.

Seit der Verabschiedung des SALW-Dokuments der OSZE im Jahr 2000 und des SCA-Dokuments der OSZE 2003 hat die Organisation viel unternommen, um die Normen und vorbildlichen Verfahren auf dem Gebiet von SALW und SCA zu harmonisieren und auch den normativen Rahmen in diesem Bereich zu erweitern und zu festigen. Trotzdem stellen die anhaltenden Bedrohungen, die von der übermäßigen und destabilisierenden Anhäufung und Verbreitung von SALW und SCA ausgehen, weiterhin eine Gefahr für die Sicherheit und Stabilität sowie die Sicherheit der Menschen im OSZE-Raum dar. Um gegen diese Bedrohungen vorzugehen, ist es notwendig, dass die in einschlägigen OSZE-Dokumenten und -Beschlüssen enthaltenen Verpflichtungen – nach Geist und Buchstaben – umgesetzt und diesbezüglich praktische Maßnahmen ergriffen werden.

Als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen verfügt die OSZE über gute Voraussetzungen, um Bedrohungen, die von der übermäßigen und destabilisierenden Anhäufung von SALW und SCA ausgehen, in ihrem geografischen Bereich wirksam begegnen zu können. Sie sollte damit internationale Bemühungen in diesem Bereich unter der Leitung der Vereinten Nationen ergänzen, unter anderem durch die vollständige Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen

zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten.

Wir möchten betonen, dass der unerlaubte Transfer und die Umlenkung von SALW und SCA ein wichtiger Bereich ist, in dem die OSZE ihr Potenzial erst noch ausschöpfen und einen spürbaren Beitrag zu den internationalen Bemühungen leisten muss. Daher sollte diese Aufgabe auch in Zukunft ganz oben auf der Agenda der Organisation stehen, und es sollten die ergebnisorientierten Bemühungen darum fortgesetzt werden, sie im Einklang mit weltweiten Normen in das Regelwerk der OSZE und ihre Programmaktivitäten einzubinden. Wir stellen auch fest, dass die Verhütung des unerlaubten Transfers und der Umlenkung von SALW und SCA ein wichtiger Bestandteil der Normalisierung der Lage, der Wiedereingliederung und des Friedensaufbaus im Kontext nach Konflikten sein kann.

Die praktischen Hilfsprojekte zählen zu den wichtigen Bereichen, in denen die OSZE einen starken Acquis aufgebaut hat. Über Jahre hinweg hat die OSZE auf Grundlage von bedarfsorientierten Ersuchen durch Teilnehmerstaaten die Umsetzung einer Reihe praktischer Hilfsprojekte erleichtert. Die Umsetzung von Verpflichtungen im Hinblick auf praktische Hilfsprojekte ist wesentlich für die Befassung mit den negativen Auswirkungen dieser Herausforderungen auf die Sicherheit und Stabilität sowie für die Sicherheit der Bevölkerung in den Teilnehmerstaaten. Im Lichte des umfassenden und dimensionenübergreifenden Sicherheitskonzepts der OSZE ist die Verwirklichung praktischer Hilfsprojekte von größter Bedeutung für die Umsetzung unserer Verpflichtungen in anderen Dimensionen der Sicherheit, wie der Ermöglichung der Rückkehr der Binnenvertriebenen an ihre Heimatstätten in Sicherheit und Würde.

Infolge des Endes des bewaffneten Konflikts nach dem 44-tägigen Krieg letzten Jahres in unserer Region genießen Wiederaufbau, Sanierung und Wiedereingliederung nach dem Konflikt für Aserbaidschan absolute Priorität. Diesbezüglich erinnern wir das Forum an das Ersuchen Aserbaidschans um praktische Hilfe beim Ausbau der Kapazitäten seiner nationalen Behörde (ANAMA) für die Durchführung von Maßnahmen zur Verminderung des von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Risikos und von Bewältigungsmaßnahmen. Dieses Ersuchen erfolgte auf der Grundlage unserer gemeinsamen Verpflichtungen im Einklang mit dem SCA-Dokument der OSZE.

Die von Armenien in großem Umfang gelegten Minen in den ehemals besetzten Gebieten Aserbaidschans bedrohen tagtäglich Menschenleben und fordern weiterhin Todesopfer unter unschuldigen Zivilpersonen. Der tragische Tod dreier aserbaidchanischer Zivilpersonen letzten Monat, darunter zwei Journalisten, und die schwere Verletzung von vier weiteren Zivilpersonen in Folge einer Minenexplosion verdeutlichen dies.

Die von den Minen ausgehende Bedrohung kann verringert werden, wenn Armenien alle Karten der verminten Gebiete in Aserbaidschan freigibt, im Einklang mit dem humanitären Völkergewohnheitsrecht. Wir erinnern daran, dass Armenien am 12. Juni 2021 Karten zur Verfügung stellte, in denen 97 000 Minen verzeichnet waren, darunter 54 000 Panzerabwehrminen und 43 000 Antipersonenminen, die im aserbaidchanischen Bezirk Ağdam gelegt wurden. Am 4. Juli 2021 legte Armenien Karten von 92 000 Panzerabwehr- und Antipersonenminen vor, die in den aserbaidchanischen Bezirken Füzuli und Zangilan gelegt wurden. Im Gegenzug übergab Aserbaidschan in einem humanitären Schritt Armenien jedes Mal 15 armenische Gefangene.

Wir ermutigen Armenien, auf dem Erfolg der jüngsten humanitären Maßnahmen aufzubauen und sich gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft und den Akteuren in der Region um die Freigabe der restlichen Karten verminierter Gebiete in Aserbaidschan zu bemühen. Diese Karten zu erhalten, ist aus humanitärer Sicht immens wichtig, da dadurch das Leben unschuldiger Zivilpersonen gerettet werden kann, einschließlich der sowohl aus Aserbaidschan als auch anderen Ländern stammenden Personen, die an den Minenräumungsaktivitäten mitwirken. Eine vollständige Freigabe der Karten der verminnten Gebiete wird die Umsetzung von Projekten zum Wiederaufbau, zur Sanierung und zur Wiedereingliederung nach dem Konflikt erleichtern, damit die Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde zu ihren Heimstätten zurückkehren können. Sie wird außerdem der Vertrauensbildung zwischen Armenien und Aserbaidschan förderlich sein und zur Versöhnung und zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen nach dem Konflikt und letzten Endes zur Konsolidierung von Frieden und Stabilität in der Region beitragen.

Betreffend unser Hilfsersuchen erinnern wir daran, dass Aserbaidschan im Einklang mit dem im SCA-Dokument vorgesehenen Verfahren alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt hat. Wir erwarten, dass das Konfliktverhütungszentrum und seine Abteilung FSK-Unterstützung sowie der nächste FSK-Vorsitz Österreich rechtzeitig auf das Hilfsersuchen Aserbaidschans antworten und weitere Schritte zur Umsetzung des Projekts unternehmen.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal unseren Rednern für ihre wertvollen Beiträge zu unserem Sicherheitsdialog danken und ihnen viel Erfolg für ihre künftigen Vorhaben wünschen.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

982. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 988, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Herr Vorsitzender,

die Delegation Armeniens möchte sich dem Dank an die Redner für ihre anregenden Vorträge anschließen. Dieses Treffen bietet eine weitere gute Gelegenheit für den Austausch von Ideen und Meinungen zum OSZE-Hilfsmechanismus für Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) und insbesondere zu den Herausforderungen, die mit seiner Anwendung verbunden sind, denn Herausforderungen zu identifizieren, ermöglicht es, Fortschritte zu erzielen.

Armenien ist seit jeher ein Verfechter der Bedeutung der Kontrolle von SALW und SCA, denn diese ist direkt mit der menschlichen Sicherheit verknüpft. Armenien hat bei der Erarbeitung des beeindruckenden Spektrums der derzeitigen Dokumente im Bereich von SALW und SCA konstruktiv mitgewirkt. Der Hilfsmechanismus ist ein wichtiges Gut der OSZE, und er hat seit seiner Schaffung in hohem Maße zur Umsetzung unserer Verpflichtungen beigetragen, indem er den Teilnehmerstaaten Expertise und Hilfe zur Verfügung stellt.

Herr Vorsitzender,

seit vielen Jahren wird unsere Zusammenarbeit mit der OSZE im Bereich von SALW und SCA eindeutig durch einen Teilnehmerstaat erschwert. Während unser verantwortungsvolles und konstruktives Verhalten von der OSZE und ihren Teilnehmerstaaten als selbstverständlich angesehen wurde, führte dies leider zu weiteren ungerechtfertigten und unangemessenen Behauptungen. Darüber hinaus ist es bedauerlich, dass die Arbeit der Organisation und ihr Konzept der unteilbaren und kooperativen Sicherheit durch diesen Teilnehmerstaat untergraben werden, um die Zusammenarbeit zwischen Armenien und der OSZE zu erschweren. Gleichermäßen bedauerlich ist, dass die fehlende Bereitschaft und Fähigkeit der Organisation und ihrer Teilnehmerstaaten, diese Praktiken zu bekämpfen, dieses unverantwortliche Verhalten zu verurteilen und unsere gemeinsamen Verpflichtungen zu wahren, im Jahr 2019 zur Absage des OSZE-Treffens zur Überprüfung der Umsetzung von Hilfsprojekten der OSZE betreffend SALW und SCA geführt haben.

Die Delegation Armeniens ist fest überzeugt, dass unsere gemeinsamen Verpflichtungen im Bereich SALW und SCA nicht allein durch wiederholte gemeinsame Lippenbekenntnisse umgesetzt werden können. Wie gut auch immer die Verpflichtungen in Bezug auf SALW und SCA auf dem Papier aussehen mögen, sie können eine ordnungsgemäße Umsetzung nicht gewährleisten. Die derzeitige Lage erfordert keine Worte, sondern die vollständige Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen, die nicht von den widersprüchlichen Standpunkten einiger Teilnehmerstaaten abhängig gemacht werden sollte.

Ich werde nicht auf die Anschuldigungen eingehen, die die Delegation von Aserbaidschan gegen mein Land erhoben hat. Da jedoch das Hilfsersuchen Aserbaidschans betreffend die Verminderung des von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Risikos erwähnt wurde, möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um den Standpunkt Armenien diesbezüglich zu bekräftigen. Die Position Armeniens im Hinblick auf das Hilfsersuchen Aserbaidschans wurde auf der 967. und der 973. FSK-Sitzung sowie in dem an den FSK-Vorsitz gerichteten Schreiben vom 18. März 2021 im Detail dargelegt. Ich möchte mich darauf beschränken, zu wiederholen, dass Armenien den Projektvorschlag Aserbaidschans, der in der Konfliktzone Bergkarabach und in den besetzten Gebieten von Arzach umgesetzt werden soll, als Versuch betrachtet, seinen jüngsten Angriffskrieg und die Ergebnisse seiner Anwendung von Gewalt gegen Arzach zu legitimieren.

Die Delegation Armeniens fordert den derzeitigen und den künftigen FSK-Vorsitz und alle OSZE-Strukturen erneut auf, von allen Handlungen oder Aktivitäten abzusehen, die als Billigung der diesbezüglichen Politik Aserbaidschans aufgefasst werden könnten. Sobald eine umfassende Beilegung des Bergkarabach-Konflikts unter der Schirmherrschaft der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE erzielt worden ist, kann sich die OSZE nach sorgfältigen Konsultationen und Einholung des klar geäußerten Einverständnisses aller beteiligter Parteien an solchen Projekten beteiligen und einen Beitrag dazu leisten.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/988

7 July 2021

Annex 5

GERMAN

Original: ENGLISH

982. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 988, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VORSITZENDEN DES INFORMELLEN FREUNDESKREISES
ZU KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN UND
LAGERBESTÄNDEN KONVENTIONELLER MUNITION
(LETTLAND)**

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
geschätzte Vortragende,

in meiner Eigenschaft als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) möchte ich zunächst allen Vortragenden für ihre wertvollen Beiträge und Überlegungen zum Thema des heutigen Sicherheitsdialogs danken.

Im Zusammenhang mit dem heutigen Sicherheitsdialog möchte ich die Rolle der internationalen Standards und nachahmenswerten Verfahren im Bereich von SALW und SCA, darunter die der OSZE, sowie ihrer praktische Anwendung durch Hilfsprojekte hervorheben – dies schließt ihren praktischen Nutzen ein. Die OSZE-Praxisleitfäden für SALW und konventionelle Munition (CA) sollen in erster Linie bei der reibungslosen und wirksamen Umsetzung von Projekten helfen.

Ich möchte an das zweite Zweijährliche Treffen zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA erinnern, das am 13. und 14. Oktober 2020 stattfand und auf dem die Bedeutung des Erfahrungsaustauschs unter allen an der Umsetzung und Durchführung beteiligten Parteien hervorgehoben wurde – von den Geberstaaten bis hin zu den Staaten, die Hilfe erhalten. Diese Erfahrungen, die bei der Anwendung der Praxisleitfäden bei OSZE-Hilfsprojekten gemacht wurden, fließen in den Überprüfungs- und Aktualisierungsprozess für die Praxisleitfäden der OSZE ein, was einhergeht mit der wichtigen Arbeit, die durch unsere SALW- und SCA-Hilfsprojekte geleistet wird und diese ergänzt.

Während des zweiten Zweijährlichen Treffens zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA wurde die Notwendigkeit der Stärkung des

Hilfsmechanismus diskutiert. Es gab auch wiederholte Aufforderungen, seine fortgesetzte Relevanz, Reaktionsfähigkeit und Kohärenz sicherzustellen.

Ich zolle Österreich für seine Führungsrolle meine Anerkennung sowie Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Montenegro, der Schweiz und den Vereinigten Staaten für ihre Bereitschaft, die Initiative zum Hilfsmechanismus gemäß den OSZE-Dokumenten über SALW und SCA zu unterstützen und voranzubringen.

Ich möchte wiederholen, dass die Praxisleitfäden über SALW und SCA, auch wenn sie keinen verbindlichen Charakter haben, von allen 57 OSZE-Teilnehmerstaaten gebilligt und allgemein akzeptiert werden und ein gemeinsames Verständnis der maßgeblichen Ansätze, Verfahren und Terminologie vermitteln. Sie sollen nicht präskriptiv sein oder eine allgemeingültige Lösung anbieten. Sie sollen stattdessen flexible und wirksame Maßnahmen vorstellen, die sich an die einzigartigen Umstände eines jeden Projekts bei der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA anpassen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich Sie darüber in Kenntnis setzen, dass die Arbeit zur Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden für SALW und CA weiterhin rasch vorangeht. Seit Beginn des Überprüfungsprozesses wurden neun der 17 bestehenden Praxisleitfäden Gegenstand dieser Bemühungen, einschließlich eines Anhangs zu den Praxisleitfäden, der zur Verabschiedung als eigenständiger BPG vorliegt. Erfreut stelle ich fest, dass letzte Woche der zweite aktualisierte Praxisleitfaden vom FSK verabschiedet wurde. Weitere Aktualisierungsentwürfe wurden bereits in der Arbeitsgruppe A zur Prüfung vorgelegt. Anmerkungen und/oder Erklärungen der Billigung seitens der Teilnehmerstaaten sind gerne willkommen.

Neben der Aktualisierung der bestehenden OSZE-Praxisleitfäden zu SALW und CA werden zurzeit drei neue Initiativen in Bezug auf SALW und SCA erarbeitet, von denen eine bereits zur Prüfung in der Arbeitsgruppe A vorgelegt wurde.

Wir sollten jedoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Fortschritte nicht nachlassen, und ich ermutige daher die Teilnehmerstaaten, die die übrigen acht Praxisleitfäden ursprünglich erstellt oder unterstützt haben, den Prozess ihrer Aktualisierung in Gang zu setzen, oder zumindest bei den Diskussionen zur Beurteilung, ob sie noch auf dem neuesten Stand sind oder einer Aktualisierung bedürfen, eine führende Rolle zu übernehmen.

Abschließend möchte ich den Teilnehmerstaaten nochmals für Ihre Unterstützung der Arbeit des informellen Freundeskreises danken und Sie ermutigen, sich weiterhin aktiv einzubringen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

982. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 988, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DES FSK-KOORDINATORS FÜR HILFSPROJEKTE BETREFFEND
KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN UND LAGERBESTÄNDE
KONVENTIONELLER MUNITION (ÖSTERREICH)**

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie mir, in meiner Eigenschaft als Koordinator des Vorsitzenden für Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) das Wort zu ergreifen.

Erlauben Sie mir zunächst, dem armenischen Vorsitz dafür zu danken, dass er den Hilfsmechanismus der OSZE auf die heutige Tagesordnung gesetzt hat, sowie den Vortragenden für ihre wertvollen Beiträge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Bereich SALW und SCA ist einer der dynamischsten Teile der Agenda des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) und einer, in dem Zusammenarbeit und Fortschritt vor Ort sichtbar und wirkungsvoll sind. In den meisten Fällen ist ein Konsens in den OSZE-Foren – sowohl auf politischer als auch auf technischer Ebene – in diesem Bereich noch möglich.

Ich möchte betonen, dass alle ehemaligen, derzeitigen und designierten FSK-Vorsitze den verschiedenen Aspekten von SALW und SCA mindestens einen eigenen Sicherheitsdialog gewidmet haben oder widmen werden. Am 17. Februar konzentrierte sich der FSK-Vorsitz der Vereinigten Staaten auf tragbare Luftabwehrsysteme (MANPADS) und am 24. Februar auf explosive Kampfmittelrückstände in Zentralasien. Heute hat Armenien die Aufmerksamkeit der Teilnehmerstaaten auf das Thema des praktischen Hilfsmechanismus im Bereich SALW/SCA gelenkt. Schließlich beabsichtigt Österreich im Oktober, die laufenden Initiativen im Bereich von SALW und SCA während seines FSK-Vorsitzes zu beleuchten.

Jetzt, am Ende des zweiten Quartals 2021, hat die OSZE 20 Hilfsprojekte im Bereich von SALW/SCA auf nationaler und regionaler Ebene im Wert von fast 41 Millionen Euro

umgesetzt. Während die Projekte sich mit einem breiten Spektrum von Risiken befassen, verfolgen sie alle das übergeordnete Ziel, zu Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum beizutragen. Wie im Konzeptpapier erwähnt konzentrierten sich die Projekte seit der Einrichtung des Mechanismus hauptsächlich auf die Entsorgung überschüssiger Waffen und konventioneller Munition. Im Laufe der Zeit wurde dies jedoch nur ein Aspekt unter vielen. Wie vom Ersten Referenten für FSK-Unterstützung, Robin Mossinkoff, festgestellt, ist das übergreifende Thema diesbezüglich das umfassende und nachhaltige Lebenszyklusmanagement für SALW und SCA. Statistiken in Bezug auf die außerbudgetären Projekte, die aktiv umgesetzt werden, zeigen, dass sich derzeit 50 Prozent schwerpunktmäßig mit den dynamischen Aspekten der Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und SCA befassen, 20 Prozent mit Minenräumung, 15 Prozent mit der physischen Sicherheit und Lagerverwaltung und 14 Prozent mit der Entsorgung von Raketentreibstoff.

Es sei darauf hingewiesen, dass die unverhältnismäßigen, negativen Auswirkungen des Einsatzes und des Missbrauchs von SALW auf Frauen und Mädchen durch zielgerichtete Forschung, statistische Nachweise und andere Mittel bestätigt wurden. Deshalb sollte die durchgehende Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern (Gender-Mainstreaming) als wertvolles Instrument in allen Phasen des Hilfsmechanismus betrachtet werden. Zusätzlich sollten die kontinuierliche Forschung und der Austausch von Meinungen, Informationen und nachahmenswerten Verfahren weiter gefördert werden.

Die SALW- und SCA-Dokumente der OSZE richteten im Jahr 2000 beziehungsweise 2003 den Hilfsmechanismus ein und bilden nach wie vor eine geeignete normative Grundlage für seine praktische Umsetzung, was während des zweiten Zweijährlichen Treffens zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA im Oktober 2020 bestätigt wurde. Als direktes Ergebnis dieses Treffens wurden Initiativen in Gang gesetzt, um die wertvollen gemachten Erfahrungen gesamtheitlich zusammenzustellen und sie so zu strukturieren, dass Relevanz, Reaktionsfähigkeit und Kohärenz des Hilfsmechanismus gewährleistet bleiben. Der Schwerpunkt des heutigen Sicherheitsdialogs bietet unter anderem eine weitere Gelegenheit, den Erwartungen der Teilnehmerstaaten betreffend die weitere Verbesserung bei der Umsetzung des Hilfsmechanismus der OSZE Gehör zu schenken.

Am 5. und 6. Oktober dieses Jahres werden auf dem Treffen der OSZE zur Überprüfung der Umsetzung von praktischen Hilfsprojekten der OSZE im Bereich SALW und SCA wichtige Erörterungen zu diesem Thema stattfinden. Es ist ermutigend, dass es Anfang dieses Jahres möglich war, einen Konsens über die Abhaltung dieses zweijährlichen Treffens zu erzielen, was es erlaubt, dem Rhythmus der Vereinten Nationen zu folgen. Um den Teilnehmerstaaten eine rechtzeitige Planung zu ermöglichen, kann ich Sie in Kenntnis setzen, dass der designierte österreichische Vorsitz beabsichtigt, dieses Treffen im hybriden „1+1“-Format abzuhalten.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die Hilfeleistung im SALW- und SCA-Bereich vom politischen Willen der OSZE Teilnehmerstaaten abhängt. Dabei ist auch die finanzielle Unterstützung ein Aspekt, und ich möchte allen Geberländern für ihre wichtigen Beiträge meinen Dank aussprechen. In diesem Jahr hat man sich mit großem Einsatz um die Mittelbeschaffung bemüht. Ich möchte die vom US-amerikanischen FSK-Vorsitz in Zusammenarbeit mit Deutschland organisierte Geberveranstaltung Ende März hervorheben, in deren Folge über 10 Millionen Euro an Beiträgen und Ressourcen zur Stärkung von Maßnahmen gegen die unerlaubte Verbreitung von SALW und SCA in Südosteuropa zugesagt wurden.

Ich möchte auch allen Teilnehmerstaaten meine Anerkennung aussprechen, die fachliche Unterstützung für Hilfsprojekte geleistet haben; diese Unterstützung ist überaus wertvoll, denn sie erleichtert den Transfer von Erfahrungen und nachahmenswerten Verfahren unter den Teilnehmerstaaten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

982. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 988, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Sloweniens übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten bedauern, dass die Lage in der Konfliktzone volatil bleibt. Letzte Woche beobachtete die Sonderbeobachtermission (SMM) eine Zunahme von Verstößen gegen die Waffenruhe und Explosionen entlang der gesamten Kontaktlinie, darunter einen Spitzenwert von 1 302 Verstößen und 134 Explosionen im Umkreis des Entflechtungsgebiets Solote in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni sowie eine Zunahme der Verstöße gegen die Waffenruhe um das Vierfache innerhalb eines 5-Kilometer-Radius um die Donezker Filterstation. Diese Aufwärtstrends sind beunruhigend und müssen umgekehrt werden. Wir wiederholen, dass die Waffenruhe am besten gewahrt werden kann, wenn beide Seiten ihre Verpflichtungen umsetzen, die sie wiederholt in der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) eingegangen sind, und sich an die zusätzlichen im Juli 2020 vereinbarten Maßnahmen halten. In diesem Zusammenhang bedauern wir alle militärische Provokationen und zollen der Ukraine unsere Hochachtung für ihre Zurückhaltung.

Unser Standpunkt zum Konflikt ist klar und kohärent. Wir weisen die Versuche Russlands, sich selbst als Vermittler in einem „innerukrainischen Konflikt“ darzustellen, entschieden zurück. Das Minsker Protokoll stellt unmissverständlich fest, dass die TKG aus Vertreterinnen und Vertretern der Ukraine, der Russischen Föderation und der OSZE besteht, wobei Letztere als Vermittlerin fungiert. Um eine nachhaltige Lösung des Konflikts zu finden, bedarf es einer offenen und ehrlichen Diskussion über seine Natur sowie des politischen Willens zur Umsetzung der jeweiligen Verpflichtungen. Wir fordern daher Russland auf, als Konfliktpartei Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen und sich in gutem Glauben konstruktiv auf die Erörterungen über die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen einzulassen. Die verbalen Drohgebärden, wie wir sie letzte Woche in diesem Forum vernommen haben, sind nicht hinnehmbar.

Wir bekräftigen die Bedeutung der getreulichen Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zur militärischen Transparenz. Wir fordern Russland auf, sich auf einen ernsthaften Austausch im Sinne von Kapitel III des Wiener Dokuments einzulassen und die

notwendige Transparenz in Bezug auf seine Kräfte an den Tag zu legen, die entlang der Grenze mit der Ukraine und der rechtswidrig annektierten Krim verblieben sind. Wir sehen auch einer substanziellen Unterrichtung über die bevorstehende groß angelegte Militärübung „Sapad 2021“ erwartungsvoll entgegen.

Die SMM muss volle Bewegungsfreiheit auf dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine haben, einschließlich der Krim und entlang der gesamten ukrainisch-russischen Staatsgrenze. Wir bedauern, dass die Mission in der letzten Woche in 18 Fällen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt wurde, die sich alle in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten ereigneten. Diese Einschränkungen verstoßen gegen das von allen Teilnehmerstaaten vereinbarte Mandat der Mission. Wir fordern Russland nachdrücklich auf, seinen erheblichen Einfluss auf die von ihm unterstützten bewaffneten Verbände zu nutzen, um sicherzustellen, dass alle Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der SMM aufgehoben werden.

Herr Vorsitzender, wir bedauern, dass die unbemannten Luftfahrzeuge (UAV) der SMM im Laufe der letzten Woche 55 Mal GPS-Signalstörungen ausgesetzt wurden, aufgrund derer in sechs Fällen geplante Starts abgebrochen wurden. Wir halten es für nicht hinnehmbar, dass am 29. Juni eine Langstreckendrohne der SMM aufgrund einer starken dualen GPS-Störung dauerhaft die räumliche Kontrolle verlor und abstürzte, nachdem sie zweimal versucht hatte, auf ihrem Stützpunkt in Stepaniwka zu landen. Darüber hinaus verzeichnete die Mission am 22. Juni 40 Schüsse aus Kleinwaffen, die ihrer Einschätzung nach auf ihr UAV zielten, nahe der nicht von der Regierung kontrollierten Ortschaft Kalynowe-Borschtschuwate in der Region Luhansk. Wir sind besorgt über diese beunruhigende Entwicklung der Zunahme von GPS-Störungen seit März 2021 und über die Präsenz von Störausrüstung auf beiden Seiten der Kontaktlinie. Gleichzeitig berichtet die SMM weiterhin über modernes russisches Gerät für die elektronische Kampfführung in der Konfliktzone, das von den ukrainischen Streitkräften nie in Dienst gestellt wurde. Wir haben immer noch keine glaubwürdige Erklärung von unseren russischen Kolleginnen und Kollegen erhalten, wie diese hoch entwickelten Waffen in die Ukraine transportiert wurden. Da die OSZE eine Plattform für Dialog ist, fordern wir Russland nachdrücklich auf, diese Frage, die jüngst von einer Reihe von Delegationen aufgeworfen wurde, zu beantworten.

Wir bedauern den Schaden, der am 28. Juni durch Beschuss an einer der Kameras der SMM bei der Mine Oktjabr in einem nicht von der Regierung kontrollierten Gebiet in der Region Donezk entstanden ist. Die Angriffe auf die Ausrüstung der SMM müssen aufhören. Sie beeinträchtigen die Fähigkeit der Mission zu einer wirksamen Beobachtung und Berichterstattung über die Sicherheitslage erheblich und gefährden die Missionsmitglieder und ihr Eigentum. All jene, die für mutwillige Schäden, die Zerstörung oder den Verlust von Ausrüstungsgegenständen der SMM verantwortlich sind, sollten sowohl in politischer als auch finanzieller Hinsicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir halten unerschütterlich an unserer Aufforderung an alle Seiten fest, die Minsker Vereinbarungen rasch und vollständig umzusetzen und ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen, um eine nachhaltige politische Lösung des Konflikts im Einklang mit den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu erzielen. Die Achtung dieser Prinzipien und Verpflichtungen muss wiederhergestellt werden. Wir unterstreichen die diesbezügliche Verantwortung Russlands und fordern es erneut auf, seinen erheblichen Einfluss auf die von ihm unterstützten bewaffneten Verbände zu nutzen, um diese Verpflichtungen vollständig zu

erfüllen. Wir bekräftigen unsere tiefe Besorgnis über die Präsenz militärischer Ausrüstung und militärischen Personals aus Russland in der Konfliktzone. Wir fordern Russland auf, seine finanzielle und militärische Unterstützung der bewaffneten Verbände umgehend einzustellen. Die Waffenruhe muss eingehalten werden. Alle durch die Minsker Vereinbarungen regulierten Waffen müssen abgezogen werden. Alle ausländischen bewaffneten Verbände, sämtliche aus dem Ausland stammende militärische Ausrüstung und alle ausländischen Söldnerinnen und Söldner müssen aus der Ukraine entfernt werden. Es ist wesentlich, dass die Ukraine wieder die vollständige Kontrolle über ihre Staatsgrenze erlangt.

Wir erinnern an unsere unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität, die Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und fordern Russland auf, es uns gleichzutun. Wir richten die dringende Aufforderung an Russland, diese grundlegenden Prinzipien, auf die es sich selbst so oft berufen hat, anzuerkennen und durch Taten und öffentliche Erklärungen dazu beizutragen, dass sich die Lage stabilisiert und Schritte rückgängig gemacht werden, die gegen diese Prinzipien verstoßen. Wir verurteilen nachdrücklich die eindeutige Verletzung der ukrainischen Souveränität und territorialen Integrität durch Angriffshandlungen der russischen Streitkräfte seit Februar 2014 und die rechtswidrige Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation, die wir nicht anerkennen werden. Wir fordern Russland weiterhin auf, die ungehinderte und freie Durchfahrt zum und vom Asowschen Meer in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu gewährleisten. Wir bringen unsere tiefe Besorgnis über die Maßnahmen Russlands zur Blockade der Zufahrt zu Teilen des Schwarzen Meers, unter anderem in der Nähe der rechtswidrig annektierten Krim und der Straße von Kertsch, zum Ausdruck sowie über die anhaltende groß angelegte Militarisierung der Halbinsel Krim durch Russland, die sich weiterhin auf die Sicherheitslage in der Schwarzmeerregion und darüber hinaus auswirkt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹ und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

982. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 988, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Vereinigten Staaten sind nach wie vor besorgt über die mangelnde Transparenz Russlands und die Nichtumsetzung seiner Verpflichtungen nach dem Wiener Dokument im Hinblick auf seinen militärischen Aufmarsch in der Ukraine und in ihrer Nähe. Die von Russland verhängten rechtswidrigen Einschränkungen der freien Schifffahrt im Schwarzen Meer und Teilen des Asowschen Meeres verstärken nur unsere Besorgnis. Die unverhohlenen Drohungen, die wir alle in den letzten Wochen vernommen haben und die ich in diesem Forum nicht wiederholen werde, sind einer Deeskalation der Spannungen in der Region mitnichten dienlich, sondern schüren diese vielmehr.

Herr Vorsitzender, während wir uns einer weiteren OSZE-Sommerpause nähern, müssen wir in Bezug auf den Konflikt in der Ukraine, wo die Lage nun schlechter als vor einem Jahr und weit von einer Lösung entfernt ist, ehrlich zu uns selbst sein. Die letzten Wochen brachten anhaltende und zunehmende Verstöße gegen die Waffenruhe mit sich, auch in den Entflechtungsgebieten und in der Nähe der Donezker Filterstation. Die Sonderbeobachtermission (SMM) berichtete über fortgesetzte Störungen ihrer unbemannten Luftfahrzeuge (UAV), die Sabotage ihrer Kameras, Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit an Kontrollposten und Grenzübergängen durch von Russland geführte Kräfte und zivile Opfer aufgrund von nicht zur Wirkung gelangten Kampfmitteln und Kleinwaffenbeschuss.

Der Bericht des Leitenden Beobachters der SMM für den Zeitraum vom 21. März bis 6. Juni zeichnet das Bild einer zunehmend fragilen Sicherheitslage: Spitzenwerte der Verstöße gegen die Waffenruhe entlang der Kontaktlinie, der zunehmende Einsatz von laut dem Minsker Protokoll verbotenen Waffen, weitere zivile Opfer und Schäden an der zivilen Infrastruktur. Die fortgesetzte Teilschließung der Kontrollposten durch die bewaffneten Verbände entlang der Kontaktlinie begrenzt die Anzahl der zivilen Übergänge und verstärkt die Trennung der Bevölkerung. Der Bericht beschreibt anhaltende Beeinträchtigungen der Bewegungsfreiheit der SMM, dies überwiegend in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten, elektronische Störungen der unbemannten Luftfahrzeuge der SMM und die Sabotage von Kameras der SMM.

Bedauerlicherweise erreichen uns auch weiterhin solche Berichte. Am 29. Juni war eine Langstreckendrohne GPS-Störungen ausgesetzt, als sie versuchte, auf ihrem Stützpunkt in Stepaniwka zu landen, was zum Verlust der Kontrolle über das Luftfahrzeug führte und seinen Absturz verursachte. Letzte Woche fiel eine Kamera aus, die sich ein Kilometer von der Kontaktlinie entfernt bei der Mine Oktjabr befand, da sie durch ein Geschoss beschädigt worden war; es war dies das zweite Mal, dass genau diese Kamera vorsätzlich sabotiert wurde.

Wir möchten auf den Beschluss Nr. 1117 des Ständigen Rats der OSZE hinweisen, der festlegt, dass die SMM sicheren und geschützten Zugang in der gesamten Ukraine hat. Der ungehinderte Zugang zu allen Gebieten ist wesentlich für die Sicherstellung einer wirksamen Beobachtung, sei es durch Beobachter auf dem Boden oder UAV in der Luft, und für die Berichterstattung über die Sicherheitslage, die Waffenruhe, den Waffenabzug, die Minenräumung und die Entflechtung. Die Störung der UAV und der Kameras und die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit der SMM beeinträchtigen auf nicht hinnehmbare Weise die Fähigkeit der Mission, eine wirksame Beobachtung durchzuführen und über die Sicherheitslage zu berichten, und müssen beendet werden.

Herr Vorsitzender, wir könnten uns weiter auf die negativen Entwicklungen vor Ort in der Ostukraine konzentrieren, wie wir es Woche für Woche tun, doch vielleicht sollten wir in unserer letzten Erörterung vor der Sommerpause den Konflikt aus einer erweiterten Perspektive betrachten. Während wir heute im FSK zusammenkommen, gibt es in der Ostukraine über eine Million Vertriebene. Der von Russland angezettelte und geschürte Konflikt hat mehr als 13 000 Tote unter ukrainischen Militärangehörigen und Zivilpersonen gefordert, die Wirtschaft der Region zerstört und die Landschaft mit Landminen kontaminiert, die für das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner des Gebiets über Generationen hinweg eine Bedrohung darstellen werden. Was die Kosten für Russland betrifft, so weiß allein Moskau, wie viele Soldaten und irreguläre Kräfte es während dieses Konflikts verloren hat; die Grenzbeobachtermission berichtet regelmäßig über Leichenwägen mit militärischen Kennzeichnungen, die die Grenze nach Russland passieren – und dies nur an den zwei einzigen Kontrollposten, die sie beobachten kann.

Was hat Russland nach über sieben Jahren des Konflikts erreicht? Während der Konflikt andauert, ist Russland zunehmend isoliert. Wir fordern Russland auf, seine Kräfte aus der Ukraine abzuziehen, den Konflikt, an dem es zweifellos als Konfliktpartei beteiligt ist, beizulegen und sich wieder zur kooperativen Sicherheit in der OSZE-Region zu bekennen. Wir ermutigen Russland, in den Wohlstand seiner Menschen und ihre Zukunft zu investieren, anstatt danach zu trachten, die Ukraine ihrer Souveränität und territorialen Integrität zu berauben. Wir haben Russlands Gelübde in diesem Forum vernommen, dass nichts geschehen wird, was auf Kosten der Sicherheit Russlands geht; das ist ohnehin klar. Wir haben gesehen, dass sich die Sicherheit in der OSZE-Region infolge der russischen Aggression in der Ukraine seit 2014 verschlechtert hat. Erlauben Sie mir die Frage: hat sich infolge dessen Russlands Sicherheit erhöht? Geht es der russischen Bevölkerung heute besser?

Wir werden von Russland oft über eine angebliche Politik der Einhegung durch die NATO belehrt. Wie wird Russland „eingehgt“? Glaubt Russland, es werde in seinen eigenen international anerkannten Grenzen eingehgt? Wenn das die Definition von „Einhegung“ ist, also innerhalb seiner Grenzen zu bleiben und nicht bei den Nachbarn einzumarschieren,

würde dies unsere grundlegenden OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, denen Russland selbst zugestimmt hat, verkörpern. Alle OSZE-Teilnehmerstaaten haben sich verpflichtet, innerhalb ihrer Grenzen zu bleiben und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten anzustreben. Russland sollte seinen Verpflichtungen nachkommen.

Herr Vorsitzender, die Vereinigten Staaten unterstützen nachdrücklich die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Wir sind nach wie vor besorgt über Russlands Militarisierung der Krim und die angekündigten Einschränkungen der Schifffahrt in Teilen des Schwarzen Meeres bis Oktober, und wir fordern Russland auf, diese Einschränkungen unverzüglich aufzuheben. Wir erkennen die sogenannte Annexion der Krim durch Russland nicht an und werden dies auch niemals tun. Wir schließen uns unseren europäischen und anderen Partnern an und erklären erneut, dass unsere im Zusammenhang mit der Ukraine stehenden Sanktionen gegen Russland aufrecht bleiben, bis Russland seine Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen vollständig erfüllt und der Ukraine wieder die volle Kontrolle über die Krim übergibt.

Vielen Dank Herr Vorsitzender.

982. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 988, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Diese Erklärung bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt, der von der Ukraine eingebracht wurde.

Das Vereinigte Königreich ist weiterhin besorgt über die anhaltenden Spannungen aufgrund der jüngsten Verstärkung der militärischen Aktivitäten Russlands an der ukrainischen Grenze und auf der rechtswidrig annektierten Krim im April. Die Berichte deuten immer noch darauf hin, dass sich Streitkräfte in großer Zahl konzentriert in der Nähe der ukrainischen Grenze und auf der rechtswidrig annektierten Krim aufhalten – zwei Monate nach der von Russland selbst gesetzten Frist für ihren Abzug.

Wir sind weiterhin enttäuscht darüber, dass die Russische Föderation sich nicht konstruktiv auf die verfügbaren OSZE-Prozesse und -Mechanismen zur Schaffung der nötigen Transparenz und zur Deeskalation der Lage eingelassen hat und dies auch weiterhin bewusst nicht tut. Dies betrifft auch die Reaktion auf die Besorgnis seitens der Ukraine betreffend den militärischen Aufmarsch in der Nähe ihrer Grenzen und auf der rechtswidrig annektierten Krim nach Kapitel III des Wiener Dokuments – und das trotz wiederholter Aufforderungen anderer Teilnehmerstaaten an Russland, auf diese berechnigte Besorgnis einzugehen und für Transparenz zu sorgen.

In seiner Erklärung, die für den Sicherheitsdialog über Transparenz bei militärischen Übungen und Aktivitäten verfasst wurde (von deren Abgabe die russische Delegation jedoch, wie ich feststelle, Abstand nahm), erklärte Russland, dass es „Fragen der praktischen Durchführung von vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen und der Transparenz von militärischen Übungen und Aktivitäten große Aufmerksamkeit beimisst“. Russland erklärte auch, es sei dafür offen, die Teilnehmerstaaten über militärische Übungen und Aktivitäten der Streitkräfte der Russischen Föderation zu informieren, sogar wenn dies nach den Bestimmungen des Wiener Dokuments nicht erforderlich sei, und bei Bedarf entsprechende Unterrichtungen in diesem Forum abzuhalten. Warum also hat es dies in diesem Fall nicht getan? Insbesondere, wenn klar ist, dass solche Ankündigungen und Unterrichtungen die notwendige Transparenz herstellen würden, um auf die berechtigten Besorgnisse von Teilnehmerstaaten einzugehen, auch über den Abzug seiner Streitkräfte, und somit die Lage zu entschärfen.

Das Vereinigte Königreich fordert Russland erneut auf, die verfügbaren OSZE-Prozesse und -Mechanismen zu nutzen, auch durch Unterrichtungen in diesem Forum. Wir freuen uns auch darauf, zu gegebener Zeit die erforderlichen Unterrichtungen und Ankündigungen rund um die Übung „Sapad 2021“ zu erhalten.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

letzte Woche erörterten wir die verschiedenen Instrumente der OSZE zur Stärkung der Transparenz in den Teilen der Ukraine, die von dem von Russland angezettelten und geschürten Konflikt betroffen sind. Insbesondere machten wir auf die Tatsache aufmerksam, dass die Sonderbeobachtermission (SMM) aufgrund der systematischen Verweigerung des Zugangs in Gebieten, die von den von Russland unterstützten bewaffneten Verbänden gehalten werden, daran gehindert wird, ihr Mandat erfüllen zu können. Bedauerlicherweise muss ich aufgrund der jüngsten Ereignisse einmal mehr den Fokus auf die ungeheuerlichen Störungen richten, die die Arbeit der Mission behindern.

Wir sind entsetzt darüber, dass am 28. Juni fünf Personen, die nach Einschätzung der SMM wahrscheinlich Mitglieder der bewaffneten Verbände waren, eine Patrouille der SMM in einem nicht von der Regierung kontrollierten Gebiet in der Nähe von Petriwske schikanierten und bedrohten. Ein sichtlich berauschter Mann stellte sich der Patrouille entgegen und drohte damit, auf der Straße Minen zu legen, um die SMM an der Rückkehr in dieses Gebiet zu hindern. Wir verurteilen diesen nicht hinnehmbaren Versuch, die Mission einzuschüchtern, auf das Schärfste.

Nicht nur die Patrouillen der SMM, sondern auch die technische Ausrüstung der SMM sind von Störungen betroffen. Am 2. Juli sah die SMM bei der Inspektion ihres Kamerasystems bei der Mine Oktjabr in einem Gebiet, das von den von Russland unterstützten bewaffneten Verbänden gehalten wird, dass eine der Kameras mit Kleinwaffen beschossen worden war. Es sei daran erinnert, dass die bewaffneten Verbände bereits zuvor dieses Kamerasystem gestört haben, indem sie ihre eigene Kamera an dem Turm befestigten und die Zugangsleitern beschädigten. Wir bedauern diese vorsätzliche Beschädigung der Kameras der Mission und fordern, die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft zu ziehen.

Wie die Kameras der SMM sind auch die unbemannten Luftfahrzeuge (UAV) der Mission erheblichen Beeinträchtigungen ausgesetzt. Zwischen 21. März und 6. Juni nahmen die Fälle, in denen die UAV der SMM von Signalstörungen betroffen waren, die auf elektronische Störmaßnahmen zurückgeführt wurden, im Vergleich zu den vorherigen 78 Tagen um das Vierfache zu. Zuletzt stürzte eine Langstreckendrohne der SMM aufgrund des Verlusts der räumlichen Kontrolle beim Landeversuch auf dem UAV-Stützpunkt der Mission im von der Regierung kontrollierten Stepaniwka ab, was auf elektronische Störmaßnahmen zurückgeführt wurde.

Wir verurteilen diese nicht hinnehmbaren Fälle der vorsätzlichen Störung der technischen Ausrüstung der Mission. Diese Ausrüstung ist ein untrennbarer Bestandteil der operativen Infrastruktur der Mission und fällt als solcher unter den Beschluss Nr. 1117 des Ständigen Rates der OSZE, demzufolge die Mission sicheren und geschützten Zugang in der gesamten Ukraine hat. Wir rufen erneut dazu auf, dass die Mission den an keine Bedingungen geknüpften und ungehinderten Zugang zum gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine erhält, den sie benötigt, um ihr Mandat zu erfüllen, mit dem wir, die 57 Teilnehmerstaaten, sie betraut

haben. Wir fordern insbesondere Russland auf, seinen unbestreitbaren Einfluss auf die von ihm unterstützten bewaffneten Verbände zu nutzen, um sicherzustellen, dass sie das Mandat der Mission achten.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Minsker Vereinbarungen im Hinblick auf eine friedliche Lösung des Konflikts unter vollständiger Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine sowie für die diesbezügliche Arbeit der Trilateralen Kontaktgruppe und des Normandie-Quartetts. Russland muss seinen Teil dazu beitragen und seine Verpflichtungen erfüllen.

Abschließend, Herr Vorsitzender, verurteilt das Vereinigte Königreich erneut die anhaltende Militarisierung der Krim, des Asowschen Meeres und des Schwarzen Meeres. Die jüngste Entsendung einer großen Zahl russischer Streitkräfte auf die rechtswidrig annektierte Krim und die anschließende groß angelegte Übung waren provozierend, aggressiv und völlig inakzeptabel. Wir bekräftigen auch unsere große Besorgnis über die Entscheidung der Russischen Föderation, von April bis Oktober Einschränkungen für bestimmte Teile des Schwarzen Meeres, einschließlich der Zufahrten zur Straße von Kertsch, zu verhängen. Diese Aktionen sind ungerechtfertigt und destabilisierend.

Das Vereinigte Königreich unterstützt nachdrücklich die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Wir werden, wie wir eindeutig klargemacht haben, stets das Völkerrecht wahren und keinerlei rechtswidrige Eingriffe in die friedliche Durchfahrt dulden. Wir erkennen die sogenannte Annexion der Krim durch Russland nicht an und werden dies auch weiterhin nicht tun. Das Vereinigte Königreich ist stets Seite an Seite mit der Ukraine gegen alle Fälle von russischer Aggression gegen die Ukraine aufgetreten, und wir werden dies auch in Zukunft tun, auch durch Sanktionen, zusammen mit unseren internationalen Partnern.

982. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 988, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ÖSTERREICHS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Heute ist es mir eine besondere Freude, folgende finanzielle Unterstützungen Österreichs für außerbudgetäre OSZE-Projekte bekannt zu geben.

Erstens, anlässlich des heutigen Sicherheitsdialogs möchte ich die OSZE-Teilnehmerstaaten über die finanzielle Unterstützung des Projekts zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerhaltung von konventioneller Munition in Montenegro mit der Projektnummer 270 04 58 im Ausmaß von 20 000 EUR informieren. Diese finanzielle Unterstützung wurde bereits Anfang dieses Jahres an das OSZE-Sekretariat überwiesen und damit soll zusammen mit dem Expertisetransfer, wie im heutigen Sicherheitsdialog von Werner Kernmaier präsentiert, ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Sicherheit von Lagern von Kleinwaffen und leichten Waffen und konventioneller Munition in Montenegro gewährleistet werden.

Zweitens, Österreich unterstützt den zweiten Essaywettbewerb der OSZE und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg mit der Projektnummer 110 21 57 im Umfang von 5 000 EUR. Wie im letzten Jahr wurden Studierende und junge Berufstätige der OSZE-Teilnehmerstaaten und OSZE-Partner eingeladen, in kurzen, pointierten Abhandlungen Ideen und Vorschläge zur Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen festzuhalten. Österreich als FSK-Vorsitz im dritten Trimester dieses Jahres plant, die prämierten Gewinnerinnen und Gewinner dieses Essaybewerbs zum FSK-Treffen am 8. Dezember einzuladen, wo diese ihre Arbeiten den OSZE-Delegationen präsentieren können.

Drittens, Österreich unterstützt mit einem neuerlichen Betrag von 5 000 Euro das außerbudgetäre Projekt des KVZ/FSK „System für Informationsmanagement und Berichterstattung“ (iMARS) mit der Projektnummer 110 20 19. Mit diesem bescheidenen Beitrag in diesem Jahr wollen wir zusammen mit den anderen Unterstützern dazu beitragen, das Projekt

weiter zu entwickeln, die Umsetzung der Berichtspflichten in der politisch-militärischen Dimension zu verbessern und letztlich damit einen Beitrag zur Transparenz und Vorhersagbarkeit zu leisten.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich darf sie ersuchen, diese Erklärung dem Journal des Tages anzufügen.

982. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 988, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
verehrte Kollegen,

ich möchte heute zur Übung „Green Griffin“ vortragen, welche vom 27. September bis zum 8. Oktober 2021 auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland stattfinden wird. Grundlage für das Briefing ist der FSK-Beschluss Nr. 9/12 (FSC.DEC/9/12) sowie die Notifikationen CBM/DE/19/0075/F30/O und CBM/DE/20/5044/F30/O.

Zugehörige Präsentation unter FSC.DEL/276/21:

Folie 2:

Hier sehen Sie die Grundstruktur der Division Schnelle Kräfte in Stadtallendorf mit ihren unterstellten Einheiten.

Die Division umfasst rund 11 000 deutsche Soldaten sowie 2 100 aus den Niederlanden, welche als Angehörige der 11. Luftbeweglichen Brigade aus Schaarsbergen in die deutsche Division integriert sind.

Folie 3:

„Green Griffin“ ist eine Feldübung der Division Schnelle Kräfte welche im nordostwärtigen Raum Deutschlands, im Schwerpunkt auf den Truppenübungsplätzen Kliestz, Altengrabow, Lehnin und einem Fliegerhorst in Stendal im Zeitraum vom 27. September bis 8. Oktober 2021 stattfindet.

„Green Griffin“ wird aufgrund der COVID-19 Restriktionen - mit der Konzentration auf ausgewählte Bilder - als modifizierte Übung durchgeführt. Die ursprünglich geplante, gemeinsame Übung wird in diese Einzel-Bilder der unterstellten Einheiten auf unterschiedliche Übungsräume aufgeteilt.

Die Division Schnelle Kräfte knüpft an an die Ergebnisse der vorangegangenen Übungen White und Red Griffin, die als Ausbildungs- und Planübungen durchgeführt wurden

(z. B. mit den Schwerpunkten auf Führung, den Betrieb eines Forward Arming and Refueling Points oder Gefechtstandausbildung).

Weitere Themen sind die Integration einer Kompanie der rumänischen 81st Mechanized Brigade, die Zertifizierung der niederländischen ISTAR-Einheit und des deutschen Hubschrauber Einsatz Verbandes für die VJTF '23.

Geplant sind verschiedene Vignetten, wie z. B. Luftnahunterstützung, Gefechtschießen und die angesprochene Zertifizierung des deutschen Hubschrauber-Einsatzverbandes der VJTF.

Um diese Ziele zu erreichen, werden in der Übung einfache taktische Lagen verwendet. Die Division Schnelle Kräfte wird im multinationalen Ansatz zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, Rumänien und den Niederlanden Ausbildungsabschnitte luftbeweglicher Kräfte durchführen und vertiefen.

Folie 4:

Hier sehen Sie die Truppen stellenden Verbände mit ihren Friedensstandorten sowie die geplante Truppenstärke der Übung mit bis zu 2 200 Teilnehmern.

Die Übung „Green Griffin“ befindet sich somit weit unterhalb der Notifizierungsschwelle.

Folie 5:

Für „Green Griffin“, inklusive der Zertifizierung des deutschen Hubschrauber-Einsatzverbandes der VJTF, ist derzeit eine Teilnahme von 33 Hubschraubern verschiedener Modelle aus drei Nationen geplant.

Folie 6:

Hier sehen Sie die verschiedenen Ausbildungsinhalte der Übungsteilnehmer, auf welche ich aber nicht im Detail eingehen möchte, da es sich doch um spezifische, militärische Ausbildung auf unterer, taktischer Ebene handelt.

Folie 7:

Hier sehen Sie die geplanten Übungsorte mit den vorgesehenen Einheiten. Der 1. Luftbewegliche Gefechtsverband zunächst in Saarlouis. Die Main Base für die Übung befindet sich in Faßberg und die weiteren Standorte im Nordosten wie Stendal, Klietz dienen als Forward Operating Base (FOB) sowie Altengrabow und Lehnin als Zwischenziele Eins und Zwei.

Folie 8:

Hier ist die Ausgangslage der Übung dargestellt. Der 1. Luftbewegliche Gefechtsverband führt Gefechtschießen auf den Übungsplätzen Altengrabow und Lehnin durch (hier im Zwischenziel Eins und Zwei), der 11. Luftbewegliche Gefechtsverband -

zunächst im Raum Faßberg - stellt sich darauf ein, in Richtung der Zwischenziele aufzuklären (am Boden und aus der Luft), bei Bedarf auf die Zwischenziele anzugreifen und diese im Anschluss zu sichern.

Die rumänische MechCoy wird dabei die vorgeschobene Operationsbasis in Stendal sichern, die multinationale Air Task Force wird den 11. Luftbeweglichen Gefechtsverband bei Bedarf unterstützen und als Reserve dienen.

Der deutsche Hubschrauber-Einsatzverband der VJTF wird seine Zertifizierungsübung durchführen.

Folie 9:

Hier sehen Sie die grafische Ausführung des zuvor Beschriebenen zum Nehmen der Zwischenziele Eins und Zwei im Rahmen einer offensiven Aktivität mit Kräften des 11. Luftbeweglichen Gefechtsverbandes.

Der rumänische MechCoy sichert weiterhin die Forward Operating Base in Stendal, und die multinationale Air Task Force wird unverändert, bei Bedarf den 11. Luftbeweglichen Gefechtsverband unterstützen.

Folie 10:

Zusammenfassend möchte ich festhalten:

- die Übung „Green Griffin“ befindet sich weit unterhalb der Notifizierungsschwelle;
- an der Übung „Green Griffin“ nehmen bis zu 2 200 multinationale Soldaten und 33 Hubschrauber teil;
- diese Unterrichtung gemäß FSK-Beschluss Nr. 9/12 dient der Transparenz und soll als vertrauensbildende Maßnahme dienen;

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich würde Sie bitten, diese Unterrichtung dem Journal des Tages beizufügen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.